

86/BI XXV. GP

Eingebracht am 01.09.2015

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative

<p>Parlamentarische Bürgerinitiative Betreffend</p> <p>Menschenwürdige Aufnahme von AsylwerberInnen</p>	<p>(bitte hier freilassen)</p>
<p>Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:</p> <p>Art 10 Abs 1 Z 3 B-VG</p>	
<p>Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von <u>1841</u> BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (Anm.: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)</p>	
<p>ANLIEGEN:</p> <p>Der Nationalrat wird ersucht,</p> <ul style="list-style-type: none"> • umgehend Maßnahmen zu ergreifen, damit die Unterbringung von AsylwerberInnen in Österreich menschenrechtlichen Standards entspricht. Das heißt: Bereitstellung menschenwürdiger Unterkünfte mit ausreichender Nahrungs- und Gesundheitsversorgung durch die Beauftragung von Nicht-Profit-Unternehmen und unter Einbindung des Engagements von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Privatpersonen. <p>Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen ist insbesondere darauf zu achten, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - besonders schutzbedürftige Gruppen, darunter Überlebende von Folter, Menschen mit schweren gesundheitlichen Leiden, Schwangere und ältere Menschen sowie Kinder in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen behandelt werden - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Asylantragstellung umgehend der österreichischen Kinder- und Jugendhilfe unterstellt werden und sie im Sinne des Prinzips des Kindeswohls eine adäquate Unterkunft sowie die notwendige Unterstützung und Hilfe erhalten 	

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

- jedem Kind der **Schulbesuch** ermöglicht wird
- die **Bundesländer** unter sonstiger Sanktionierung dazu angehalten werden, in Erfüllung ihrer quotenmäßigen Verpflichtung **AsylwerberInnenquartiere zur Verfügung zu stellen** sowie dass **alle geeigneten Baulichkeiten des Bundes** verzögerungsfrei für die dezentrale **Unterbringung** zugelassener AsylwerberInnen zur Verfügung gestellt werden.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)